

Vom Bildungsprovisorium zu einer Zukunftsperspektive

Herausforderungen im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

TOBIAS KLAUS

Referent beim Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V., Berlin

FRANZISKA SCHMIDT

Referentin beim Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V., Berlin

Die Zahl der Flüchtlingskinder und Jugendlichen, die ohne ihre Eltern nach Deutschland kommen, ist so hoch wie noch nie. Deren Betreuung und Beschulung stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen, die im Beitrag beschrieben werden. Eine sozialpädagogische Begleitung und Investitionen in passende Bildungs- und Unterstützungsangebote für junge Flüchtlinge scheinen vor diesem Hintergrund unabdingbar.

Mangelnde Bildungsinfrastruktur

Die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland ist so hoch wie seit der Nachkriegszeit nicht mehr, 860.000 wurden bis Mitte November 2015 registriert. Mehr als 30.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden für das Jahr 2015 erwartet, doppelt so viele wie noch im Vorjahr. Der Großteil von ihnen sind Teenager aus Afghanistan, Eritrea, Syrien, Irak und Somalia.

Nicht nur bei der Unterbringung sind Provisorien an der Tagesordnung, auch die Bildungsinfrastruktur ist auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen nicht vorbereitet. Besonders in den Bundesländern und Kommunen, die auch vorher noch keine geeigneten Strukturen aufgebaut hatten, ist die Situation problematisch. Flüchtlingskinder warten an manchen Orten monatelang, bis sie zur Schule gehen können – obwohl sie schulpflichtig sind. Wer nicht regelschulpflichtig ist, für den ist es noch schwieriger. Bereits vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen gab es nur in wenigen Bundesländern systematische Beschulungsmöglichkeiten für Heranwachsende und junge Erwachsene. Dort, wo es sie gibt, etwa in Bayern (vgl. ANDERSON in diesem Heft), reichen die Plätze bei Weitem nicht mehr aus. Dabei sind ca. 30 Prozent aller Flüchtlinge zwischen 16 und 25 Jahren alt. Es droht ein Negativszenario: Zehntausende junge Flüchtlinge können keinen Schulabschluss erwerben und statt einer Ausbildung mit anschließender qualifizierter Beschäftigung warten die Leistungssysteme oder der Niedriglohnsektor auf sie.

Herausforderungen bei der Beschulung

Bereits bei der Beschulung der Jüngeren sind die Herausforderungen groß: Geeignete Räumlichkeiten zu finden, ist dabei vielerorts nicht einmal das dringendste Problem, es herrscht vor allem ein Fachkräfte- und Konzeptmangel. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft erklärte im Oktober 2015, dass innerhalb der nächsten zwölf Monate 24.000 neue Lehrkräfte eingestellt werden müssten – zusätzlich brauche es Schulsozialarbeiter/-innen und etwa 14.000 Erzieher/-innen für den Bereich der frühkindlichen Bildung.

Lehrkräfte zu finden, die Deutsch als Zweitsprache (DaZ) unterrichten können, ist jedoch kaum noch möglich. So unterrichten oft fachfremde Lehrer/-innen die Übergangs- und Willkommensklassen. Umso wichtiger ist, dass die Lehrkräfte, die jetzt ad hoc Flüchtlingsklassen übernehmen oder Flüchtlinge in den Regelunterricht integrieren, nicht alleingelassen werden. Sie stehen nicht nur vor der Herausforderung, den Spracherwerb in ihren Unterricht zu integrieren, sie haben zudem eine sehr heterogene Schülergruppe vor sich: von jungen Flüchtlingen, die eine jahrelange hochwertige Schulbildung genossen haben, bis zu jungen Menschen, die erst noch alphabetisiert werden müssen. Geeignete Weiterbildungen erhalten jedoch nur wenige Lehrkräfte.

Hohe Lernmotivation – problematische Rahmenbedingungen

Die neuen Schüler/-innen bringen gerade in der Anfangszeit eine hohe Lernmotivation mit. In vielen Herkunftsländern ist Bildung ein knappes Gut, das hohe Wertschätzung erfährt. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, ob Hunderttausende junge Menschen ihre Motivation zu Bildungserfolgen führen wird oder ob ihnen Steine in den Weg gelegt werden.

Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ist die Ausgangssituation dabei meist etwas besser als für diejenigen, die mit ihren Eltern oder als alleinstehende junge Erwachsene kommen. Vor allem ihr Lern- und Lebensumfeld ist ein

anderes: Statt in überfüllten Flüchtlingsunterkünften ohne Privatsphäre aufzuwachsen, leben sie meistens in kleineren Wohngruppen und erhalten Unterstützung durch eine enge sozialpädagogische Betreuung. Doch immer öfter werden auch sie in Provisorien untergebracht und nur noch ambulant betreut. Es ist zu hoffen, dass sich diese Absenkungen von Standards nicht verstetigen, denn ein geeignetes Lernumfeld ist zentral für den Bildungserfolg. Die jüngsten Gesetzesänderungen lassen jedoch deutliche Verschlechterungen, insbesondere für Kinder, die mit ihren Eltern einreisen, befürchten: Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wurde die Pflicht, in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) – in der Regel Großunterkünfte für mehrere Hundert oder Tausend Personen – zu leben, für alle Schutzsuchenden auf maximal sechs Monate erhöht. Menschen aus »sicheren Herkunftsländern« können dauerhaft dazu verpflichtet werden, dort zu leben. Kindern und Jugendlichen aus diesen Ländern droht damit, dass sie in großen Sondereinrichtungen aufwachsen müssen, in denen sie mit Konflikten, Armut, Enge und Lärm konfrontiert werden. Die Schulen im Umfeld der EAE werden in Zukunft zahlreiche Schüler/-innen unterrichten, die in einem katastrophalen Lernumfeld aufwachsen. Für die Kinder droht im schlimmsten Fall sogar die Nichtbeschulung, da in vielen Bundesländern keine Schulpflicht für Personen in EAE besteht und ein Schulrecht ggf. erst durchgesetzt werden muss.

Jugendlichen aus sicheren Herkunftsländern, die nach dem 31. August 2015 einen Asylantrag gestellt haben, ist die betriebliche Berufsausbildung nicht mehr erlaubt (§ 60a Abs. 6 AufenthG, § 61 Abs. 2 Satz 4 AsylG). Bereits zuvor galt, dass junge Flüchtlinge, die lediglich geduldet oder gestattet waren, nur mit Erlaubnis der Ausländerbehörde eine Ausbildung beginnen durften. Um diese Jugendlichen zu unterstützen, braucht es mehr denn je funktionierende lokale Unterstützungsnetzwerke, die auch Ausbildungsbetriebe und die lokale Wirtschaft einbeziehen.

Von den aufenthaltsrechtlichen Einschränkungen sind auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge betroffen, die in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aufwachsen. Mit dem 18. Geburtstag endet zudem oft die Betreuung und Begleitung durch die Jugendhilfe. Volljährigkeit allein ermöglicht jedoch noch kein Leben ohne Unterstützung. Unzureichende Deutschkenntnisse, Wegbrechen von Beziehungen und Unterstützungsstrukturen der Jugendhilfe, Leben in Gemeinschaftsunterkünften sowie rechtliche Einschränkungen bei der Ausbildungsförderung machen eine weitere Unterstützung oft notwendig. Hilfen für junge Menschen ab dem 18. Lebensjahr nach § 41 SGB VIII werden lokal sehr unterschiedlich gewährt. Viele Kommunen nutzen dieses Instrument bisher viel zu wenig, obwohl »Regelrechtsansprüche« und hohe Bedarfe bestehen. Dadurch werden u. a. auch bereits erzielte Bildungserfolge

gefährdet und junge Menschen müssen bereits begonnene Bildungswege abbrechen.

Perspektiven und Handlungsempfehlungen

Nachhaltige Zukunftsperspektiven können nur gelingen, wenn junge Menschen auf spezifische Beratungs- und pädagogische Betreuungsangebote zurückgreifen können. Stabile soziale Netzwerke und spezifische Nachbetreuungsformen über die Zeit der Jugendhilfe hinaus bestimmen die langfristige Zukunftsgestaltung der Jugendlichen in erheblichem Maße.

Projekte wie SchlaUzubi der »SchlaU-Schule« in München und Parcours Plus, ein Projekt von Bildungspatenschaften in Berlin (vgl. Infokasten), wirken etwa Ausbildungsabbrüchen in der Phase des Übergangs entgegen. Die genannten Projekte setzen ihren Schwerpunkt auf die psychosoziale Begleitung junger (volljähriger) Flüchtlinge während des Übergangs von der Schule in die Ausbildung – nicht als Ersatz für die Jugendhilfe, sondern um dem hohen Unterstützungsbedarf gerecht zu werden.

Informationen zu den Projekten

Mit dem Programm SchlaUzubi bietet der Trägerkreis Junge Flüchtlinge e.V. den Absolventinnen und Absolventen der »SchlaU-Schule« ein schulisches wie psychosoziales Nachbetreuungsprogramm: www.schlau-schule.de

Mit dem Projekt Parcours Plus richtet sich der Verein Xenion an junge Flüchtlinge bis 25, die Unterstützung im Hinblick auf Bildung und Arbeit benötigen: www.xenion.org

Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: www.b-umf.de

Wie wichtig eine sozialpädagogische Begleitung und Betreuung im Rahmen der Jugendhilfe über das 18. Lebensjahr hinaus und gleichzeitig die Unterstützung in der entscheidenden Phase des Übergangs in eine Ausbildung ist, kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Das Projekt »Auf eigenen Füßen stehen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zwischen Jugendhilfe und Selbstständigkeit« des Bundesfachverbands umF entwickelt darauf aufbauend Handlungsempfehlungen für die sozialarbeiterische Praxis und erarbeitet Vorschläge zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen, um bestehende Spannungen zwischen Sozial-, Arbeits- und Ausländerrecht abzubauen.

Ziel ist es dabei, das Verständnis für die Zielgruppe junger Flüchtlinge und die Wahrnehmung ihrer Interessen und Bedürfnisse zu stärken. Gleichzeitig wird auf struktureller Ebene dafür geworben, über passende Bildungs- und Unterstützungsangebote in die Zukunft junger Flüchtlinge zu investieren. Das alles kostet natürlich Geld, die Kosten einer langfristigen Desintegration werden jedoch deutlich höher ausfallen. ◀